



**Freier Verband
Deutscher
Zahnärzte e.V.**

Landesverband Sachsen

Antrag Nr.: 1

Antrag an die Landesversammlung

Antragsteller: Landesversammlung Sachsen
des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte

Headline: Mehr Freiberuflichkeit wagen

Auswirkungen auf den Haushalt: keine

Wortlaut des Antrages:

Die Landesversammlung Sachsen fordert den Bundesvorstand auf, sich weiterhin intensiv und sichtbar für die Stärkung der Freiberuflichkeit einzusetzen und klare Positionen gegenüber der KZBV und der Bundeszahnärztekammer zu vertreten.

Begründung:

Die Ziele, die der FVDZ seit Jahrzehnten vertritt, wie Freiberuflichkeit, Transparenz, Kostenerstattung und Eigenverantwortung müssen wieder verstärkt in den Vordergrund gerückt und öffentlich dargestellt werden.

Dresden, 23.04.2022

(- angenommen mit einer Enthaltung-)



**Freier Verband
Deutscher
Zahnärzte e.V.**

Landesverband Sachsen

Antrag Nr.: 2

Antrag an die Landesversammlung

Antragsteller: Landesversammlung Sachsen
des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte

Headline: Aktualisierung GOZ

Auswirkungen auf den Haushalt: keine

Wortlaut des Antrages:

Die Landesversammlung Sachsen des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte fordert die Bundesregierung erneut auf, eine Modernisierung der GOZ entsprechend der Kostenstrukturentwicklung der Zahnarztpraxen vorzunehmen, jährlich anzupassen und Leistungsinhalte nach neuen wissenschaftlich anerkannten und evidenzbasierten Therapien zu beschreiben und zu inkludieren.

Begründung:

Der aktuelle Punktwert der GOZ resultiert aus dem Jahre 1988, die GOZ Novellierung 2012 brachte eine Beibehaltung des Punktwertes. Die seit 1988 erhebliche Steigerung der Betriebskosten und durch die jüngsten politischen Weltgeschehnisse erheblich gestiegenen Energie- und Materialkosten werden damit weiterhin vollständig negiert. Eine Anpassung an die aktuellen betriebswirtschaftlichen Verhältnisse in den Zahnarztpraxen ist unumgänglich. Des Weiteren müssen neue wissenschaftlich anerkannte und evidenzbasierte Therapien (zum Beispiel PAR-Therapie) in ihren Leistungsinhalten beschrieben und in die GOZ inkludiert werden.

Dresden, 23.04.2022

- einstimmig angenommen-)



**Freier Verband
Deutscher
Zahnärzte e.V.**

Landesverband Sachsen

Antrag Nr.: 3

Antrag an die Landesversammlung

Antragsteller: Landesversammlung Sachsen
des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte

Headline: Digitalisierung im Gesundheitswesen/Telematikinfrastruktur (TI)
sinnvoll und nachhaltig gestalten

Auswirkungen auf den Haushalt: keine

Wortlaut des Antrages:

Die Landesversammlung Sachsen des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte fordert den Gesetzgeber auf, Auf- und Ausbau der TI sinnvoll, nachhaltig und sanktionierungsfrei zu gestalten und alle für die Zahnarztpraxen damit einhergehenden Kosten vollständig zu refinanzieren.

Begründung:

Jüngste Entwicklungen in der Digitalisierung im Gesundheitswesen zeigen erneut auf, dass die Fristen für die Einführung neuer, zum Teil unausgereifter Anwendungen (ePA, eAU) in der TI zu kurz bemessen sind. Des Weiteren muss Nachhaltigkeit im Zeichen des Klimawandels bezweifelt werden, wenn Konnektoren aufgrund ihrer abgelaufenen zertifizierten Laufzeit für kurze Zeit erneuert werden müssen, steht doch die TI 2.0 schon in den Startlöchern. Tägliche Störungen in den schon in die Praxisabläufe integrierten Anwendungen führen zu weiterem Zeitverlust in der zahnärztlichen Versorgung der Patienten. Obwohl die Einstellung der Zahnärzteschaft zur Digitalisierung im Gesundheitswesen grundsätzlich positiv ist, steigt die Frustration im Berufsstand, sind doch ein Mehrwert oder gar Nutzen der TI nach wie vor noch nicht erkennbar.

Dresden, 23.04.2022

(- einstimmig angenommen -)



**Freier Verband
Deutscher
Zahnärzte e.V.**

Landesverband Sachsen

Antrag Nr.: 4

Antrag an die Landesversammlung

Antragsteller: Landesversammlung Sachsen
des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte

Headline: Bürokratieabbau sofort

Auswirkungen auf den Haushalt: keine

Wortlaut des Antrages:

Die Landesversammlung Sachsen des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte fordert den Gesetzgeber auf, Maßnahmen zum Bürokratieabbau endlich umzusetzen. Die Zahnarztpraxen müssen im Alltag entlastet werden, damit mehr Zeit für die Versorgung der Patienten zur Verfügung steht.

Begründung:

Seit Jahren verzeichnen wir in den Zahnarztpraxen eine Zunahme von Bürokratie. Umsetzung der DSGVO, der IT-Sicherheitsrichtlinie, der MDR, des QM, der QS sind keine abschließenden Nennungen. Damit steht immer weniger Zeit für unsere Haupttätigkeit, die zahnärztliche Versorgung unserer Patienten zur Verfügung. Des Weiteren führen die gestiegenen Anforderungen in der Bürokratie und damit verbundene Frustration nicht nur zu vorzeitigen Praxisschließungen, sondern stellen auch einen der Hauptgründe für die sinkende Niederlassungsbereitschaft unserer nachfolgenden Generation dar.

Dresden, 23.04.2022

(- einstimmig angenommen-)



**Freier Verband
Deutscher
Zahnärzte e.V.**

Landesverband Sachsen

Antrag Nr.: 5

Antrag an die Landesversammlung

Antragsteller: Landesvorstand Sachsen
des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte

Headline: Nachtragshaushalt für das Jahr 2022

Auswirkungen auf den Haushalt: ja, Größenordnung nicht absehbar

Wortlaut des Antrages:

Der Vorstand des LV Sachsen beantragt die Zustimmung Nachtragshaushaltes für das Jahr 2022.

Begründung:

Die Bezirks- und Landesvorsitzenden-Tagung ist für den 13./14.05.2022 terminiert. Eine Rücknahme des EV-Beschlusses vom 10./11.12.2021 in Bonn betreffend die Umlage der Teilnehmerkosten auf die Landesverbände entsprechend ihrer Mitgliederzahl ist realistisch nicht zu erwarten.

Dresden, 23.04.2022

(- einstimmig angenommen -)

Anlage zu Antrag NR.: 5 - Nachtragshaushalt für das Jahr 2022

Auszug aus dem Protokoll der Tagung des Erweiterten Bundesvorstandes am 10./11.12.2021 in Bonn

TOP 8:

Durchführung der Tagung der Landesvorsitzenden/Bezirksvorsitzenden im Mai 2022

Herr Schrader führt aus, dass aufgrund der Haushaltssituation die Finanzierung der Durchführung der Tagung der Landesvorsitzenden/Bezirksvorsitzenden im Mai 2022 auf die Landesverbände nach Mitgliederzahl umgelegt werden soll. Angeregt wird eine Hybridveranstaltung.

Herr Schade ergänzt die Darstellung dahingehend, dass bereits zwei Termine, nämlich am 13./14.05.2022 bzw. am 20./21.05.2022 in Hessen reserviert sind.

Herr Bolz regt an, dass im Falle der Verhinderung von Bezirksgruppenvorsitzenden Vertreter geschickt werden, damit die Angebote des FVDZ auch in den Bezirksgruppen zur Kenntnis gebracht werden können.

Nach Diskussion fasst der Erweiterte Bundesvorstand folgenden Beschluss:

Die Landes- und Bezirksgruppenvorsitzendentagung wird im Jahr 2022 durchgeführt. Die Finanzierung erfolgt durch Umlage der Kosten auf die einzelnen Landesverbände nach Mitgliederzahl.

- mehrheitlich bei einer Enthaltung angenommen -

Grob geplanter Nachtragshaushalt für 2022

5580	Bezirksgruppe Leipzig	600,00	402,00	600,00
5581	Bezirksgruppe Dresden	500,00	517,00	500,00
5582	Bezirksgruppe Chemnitz	1.500,00	1.183,40	1.500,00
5583	Bezirksgruppen sonstige Kosten	0,00	0,00	2.700,00
	Summe:	47.180,00	36.621,94	58.830,00

Konto	Bezeichnung	Plan 2021	IST 2021	Plan 2022
	Erträge:	52.500,00	44.969,89	53.500,00
	Aufwendungen:	47.180,00	36.621,94	58.830,00
	Überschuss/Differenz:	5.320,00	8.347,95	-5.330,00



Antrag Nr.: 6

Antrag an die Landesversammlung

Antragsteller: Landesvorstand Sachsen
des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte

Headline: Kosten für die Bezirks- und Landesvorsitzenden-Tagungen
2023 und Folgejahre

Auswirkungen auf den Haushalt: ja, Größenordnung nicht absehbar

Wortlaut des Antrages:

Der Landesvorstand Sachsen fordert den Bundesvorstand auf, für die Jahre 2023 ff die Kostenverteilung für obige Veranstaltung wie bisher immer gehandhabt zu übernehmen.

Begründung:

Die für das Jahr 2022 beschlossene Kostenverteilung führt bei allen Landesverbänden zu Nachtragshaushalten, deren konkrete Höhe im Voraus nicht in die Landeshaushalte geplant werden kann. Damit wird die Verantwortung der Vorstände für die jeweiligen Landesvorstände durch den Bundesvorstand konterkariert.

In der Satzung des FVDZ ist die Möglichkeit der Abwälzung der Kosten nicht geklärt.